



Spurensicherung nach dem Buback-Mord 1977 in Karlsruhe



Köhler

R A F

Gedenken ohne Köhler

Bundespräsident Horst Köhler hat nach der monatelangen Debatte um die mögliche Begnadigung des Ex-Terroristen Christian Klar offenbar genug vom Thema RAF. Er will nicht auf der Gedenkveranstaltung „Freiheit ist stärker – der Staat und seine Bürger in bleibender Verantwortung“ sprechen, mit der die Bundesregierung sowie mehrere Stiftungen am 24. Oktober an die Opfer des Terror-Herbstes 1977 erinnern wollen. Hauptredner soll Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sein. Vertreter beteiligter Stiftungen sind enttäuscht von Köhlers Entscheidung, zumal das Präsidialamt anfangs Interesse signalisiert hatte. Unterdessen hat die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen zum RAF-Attentat auf Generalbundes-

anwalt Siegfried Buback und seine beiden Begleiter im April 1977 ausgeweitet. Im Rahmen des Verfahrens gegen den einstigen RAF-Mann Stefan Wisniewski untersuchen die Ermittler inzwischen auch noch einmal den gescheiterten Anschlag mit einem Raketenwerfer auf den Dienstsitz der Bundesanwaltschaft am 25. August 1977. Die Fahnder haben jetzt die Ex-RAF-Mitglieder Rolf Heißler, Günter Sonnenberg, Christian Klar und Knut Folkerts zu Details des Anschlags zu vernehmen versucht – doch diese verweigerten weitgehend die Aussage. Auch der ehemalige Terrorist Peter-Jürgen Boock, der damals die Schussanlage baute, wurde viermal in Karlsruhe vernommen, wobei ihm ein Bundesanwalt Beugehaft von bis zu sechs Monaten androhte, falls er nicht umfassend aussage. Der Beschuldigte Wisniewski, der 1999 nach fast 21 Jahren Haft entlassen wurde, will erst nach Einsicht der Akten des Ermittlungsverfahrens entscheiden, ob er aussagen wird.

SPD-SPITZE

Gewerkschafter vor



Beck

SPD-Parteichef Kurt Beck will mit Macht Sozialdemokratie und Gewerkschaften versöhnen. Für die Wahl des SPD-Parteivorstands Ende Oktober beim Parteitag in Hamburg hat er neben dem DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel nun überraschend auch den Betriebsratschef des Konzerns ThyssenKrupp zu einer Kandidatur bewegt. Thomas Schlenz, Kritiker der Agenda 2010, will sich vor allem für eine betriebsnähere Sozialpolitik stark machen. Abgesprochen hat der SPD-Chef die Nominierung auch mit der Spitze der IG Metall. Formal muss am 24. September der SPD-Vorstand die Kandidatenliste absegnen.

GAMMELFLEISCH

Seehofer gegen härtere Gesetze

Nach dem jüngsten Gammelfleischskandal gerät CSU-Verbraucher-schutzminister Horst Seehofer in der eigenen Partei unter Druck. Ein Fleischhändler aus Schwaben soll etwa 180 Tonnen Schlachtabfälle umetikettiert und größtenteils als Dönerfleisch verkauft haben. Der CSU-Europa-Abgeordnete Markus Ferber hat deshalb gefordert, solche Taten stärker strafrechtlich zu verfolgen. Bisher gelte die Verbreitung von Gammelfleisch meist nur als Ordnungswidrigkeit. Auch drohe Übeltätern kein Berufsverbot. „Wenn die Staatsanwaltschaft ermittelt, bekommt man das Problem eher in den Griff, als wenn solche Skandale nur die Veterinärämter ahnden“,

sagt Ferber. Seehofer hält jedoch härtere Gesetze für unnötig. Erst müssten die bestehenden Gesetze ausgeschöpft werden. Das bleibe aber Sache der Länder – und die Kontrolle der Fleischbetriebe sei Aufgabe der Kommunen.



Döner-Produktion (in Berlin)